

Bundessozialgericht

Anhängige Rechtsfragen des 1. Senats

Stand: 6. Mai 2024

B 1 KR 29/22 R (voraussichtlicher Termin: 16.05.2024) Vorinstanz: LSG Chemnitz, L 1 KR 246/19, 18.05.2022

Verliert ein Krankenhaus der Maximalversorgung seinen Vergütungsanspruch ganz oder teilweise durch die Verlegung eines Patienten zur Weiterbehandlung in ein wohnortnahes Krankenhaus einer niedrigeren Versorgungsstufe ohne medizinische Notwendigkeit ?

B 1 KR 39/22 R (voraussichtlicher Termin: 25.06.2024) Vorinstanz: LSG Stuttgart, L 11 KR 1645/20, 08.11.2022

Handelt es sich bei dem Kostenerstattungsanspruch nach § 13 Absatz 2 SGB 5 um eine laufende Geldleistung?

Kann der Kostenerstattungsanspruch nach § 13 Absatz 2 SGB 5 auch dann auf den Sonderrechtsnachfolger oder den Erben übergehen, wenn der Anspruch im Zeitpunkt des Todes des Berechtigten weder festgestellt noch ein Verwaltungsverfahren über ihn anhängig ist?

B 1 KR 40/22 R (voraussichtlicher Termin: 16.05.2024) Vorinstanz: LSG Celle-Bremen, L 16/4 KR 536/19, 15.11.2022

Unter welchen Voraussetzungen darf eine Krankenkasse bezüglich der Versorgung mit einer Lipidapheresetherapie im Einzelfall vom Votum der beratenden Kommission der Kassenärztlichen Vereinigung (sog Apherese-Kommission) gem Anl 1 Nr 1 § 6 der "Richtlinie Methoden vertragsärztlicher Versorgung" (juris: MVVRL) abweichen?

B 1 KR 3/23 R (voraussichtlicher Termin: 25.06.2024) Vorinstanz: LSG Schleswig, L 10 KR 30/18, 27.09.2022

Gilt der für Krankenhausabrechnungen entwickelte Grundsatz des fiktiven wirtschaftlichen Alternativverhaltens auch für ambulante Behandlungsalternativen?

B 1 KR 4/23 R Vorinstanz: LSG Chemnitz, L 1 KR 340/21, 21.09.2022

Handelt es sich bei einer stufenweisen Wiedereingliederung Versicherter in das Erwerbsleben im Sinne des § 74 SGB 5 um eine Leistung zur medizinischen Rehabilitation mit der Rechtsfolge, dass Krankenkassen die damit verbundenen Reisekosten gemäß § 60 Absatz 5 SGB 5 zu übernehmen haben?

B 1 KR 6/23 R Vorinstanz: LSG Celle-Bremen, L 4 KR 308/21, 18.01.2023

Liegt eine Verletzung der Aufklärungspflicht des Krankenhauses als Erfordernis des Wirtschaftlichkeitsgebots bei sogenannten Gelegenheitsoperationen vor, wenn der Arzt erst intraoperativ die erweiternde Behandlungsentscheidung trifft und der Patient zuvor hierüber nicht aufgeklärt wurde (hier: Sichtung und Verschluss eines offenen Foramen ovale (PFO) mittels Direktnaht während eines Herzklappeneingriffs)?

Schließt § 8 S 3 Prüfverfahrensvereinbarung (PrüfVV) 2014 den Einwand der Aufklärungspflichtverletzung aus, wenn zwar Nebendiagnose und OPS unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit Gegenstand des Prüfverfahrens waren, der sich hierauf beziehende Einwand der Aufklärungspflichtverletzung jedoch erst im Klageverfahren benannt wird?

B 1 KR 7/23 R (voraussichtlicher Termin: 16.05.2024) Vorinstanz: LSG Chemnitz, L 1 KR 365/20, 21.09.2022

Handelt es sich bei einer stufenweisen Wiedereingliederung Versicherter in das Erwerbsleben im Sinne des § 74 SGB 5 um eine Leistung zur medizinischen Rehabilitation mit der Rechtsfolge, dass Krankenkassen die damit verbundenen Reisekosten gemäß § 60 Absatz 5 SGB 5 zu übernehmen haben?

B 1 KR 10/23 R Vorinstanz: LSG Essen, L 5 KR 345/19, 19.01.2023

Zur Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen nach Erlass der Qualitätssicherungs-Richtlinie Liposuktion des Gemeinsamen Bundesausschusses eine Versicherte mit einem BMI > 44 kg/m² einen Anspruch gemäß § 137c Abs 3 SGB V auf Versorgung mit einer stationären Liposuktion als Potentialleistung haben kann.

B 1 KR 12/23 R (voraussichtlicher Termin: 25.06.2024) Vorinstanz: LSG Hamburg, L 1 KR 107/22 D, 23.03.2023

Ist eine landesvertragliche Regelung, in der die Abrechnung einer Erstuntersuchung im Krankenhaus ohne Einweisungsverordnung wie eine vorstationäre Behandlung erlaubt wird (hier: § 4 Absatz 6 Satz 3 des Hamburger Krankenhausvertrags), von der Regelungskompetenz der Vertragspartner nach § 112 Absatz 1 SGB 5 erfasst?

B 1 KR 14/23 R Vorinstanz: LSG Berlin-Potsdam, L 4 KR 1/21 KL, 14.03.2023

Verstößt die Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie/PPP-RL (juris: PPPRL) gegen höherrangiges Recht?

B 1 KR 15/23 R Vorinstanz: LSG Berlin-Potsdam, L 4 KR 2/21 KL, 14.03.2023

Verstößt die Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie/PPP-RL (juris: PPPRL) gegen höherrangiges Recht?

B 1 KR 16/23 R Vorinstanz: LSG Berlin-Potsdam, L 4 KR 154/20 KL, 14.03.2023

Verstößt die Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie/PPP-RL (juris: PPPRL) gegen höherrangiges Recht?

B 1 KR 17/23 R Vorinstanz: LSG Berlin-Potsdam, L 4 KR 3/21 KL, 14.03.2023

Verstößt die Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie/PPP-RL (juris: PPPRL) gegen höherrangiges Recht?

B 1 KR 18/23 R Vorinstanz: SG Nürnberg, S 2 KR 326/22, 29.03.2023

Sind die in der am 10.12.2019 zwischen dem GKV-Spitzenverband und der Deutschen Krankenhausgesellschaft geschlossenen Übergangsvereinbarung zur "Vereinbarung über das Nähere zum Prüfverfahren nach § 275 Absatz 1c SGB 5 (Prüfverfahrensvereinbarung - PrüfvV) gemäß § 17c Absatz 2 KHG vom 3.2.2016" enthaltenen Regelungen zur Aufrechnungsbefugnis der Krankenkassen mit § 109 Absatz 6 Satz 1 SGB 5 vereinbar?

B 1 KR 19/23 R Vorinstanz: LSG Berlin-Potsdam, L 4 KR 436/21 KL, 14.03.2023

Verstößt die Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie/PPP-RL (juris: PPPRL) gegen höherrangiges Recht?

B 1 KR 20/23 R (voraussichtlicher Termin: 25.06.2024) Vorinstanz: LSG Chemnitz, L 1 KR 539/20, 14.06.2023

Liegt die zur Kodierung einer intensivmedizinischen Komplexbehandlung von OPS (2015) 8-980 verlangte Behandlungsleitung nur vor, wenn ein Facharzt mit Zusatzweiterbildung "Intensivmedizin" auch an Wochenenden und Feiertagen täglich persönlich im Krankenhaus anwesend ist?

B 1 KR 21/23 R Vorinstanz: LSG Stuttgart, L 11 KR 3078/20, 02.08.2022

Muss die gesetzliche Krankenversicherung schon ab Inkrafttreten von § 27a Abs 4 SGB 5 am 11.5.2019 die Kosten für Kryokonservierungsleistungen übernehmen oder erst für solche, die ab Inkrafttreten der „Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses zur Kryokonservierung von Ei- oder Samenzellen oder Keimzellgewebe sowie entsprechende medizinische Maßnahmen wegen keimzellschädigender Therapie“ am 20.2.2021 erbracht wurden?

B 1 KR 22/23 R Vorinstanz: LSG Celle-Bremen, L 16 KR 346/21, 15.08.2023

Unterfällt die Prüfung einer strukturellen Mindestvoraussetzung einer Komplexbehandlung (hier: Vorhandensein einer bestimmten Abteilung im Krankenhaus) dann nicht der Ausschlussfrist des § 275 Abs 1c SGB 5 in der ab 1.1.2016 geltenden Fassung, wenn diese Mindestvoraussetzung keine auch im Einzelfall patientenbezogene Mindestvoraussetzung ist, sondern unabhängig von der konkreten Behandlung Beachtung finden muss?

Zum Vorliegen des Mindestmerkmals "unmittelbarer Zugang zu neurochirurgischen Notfalleingriffen sowie zu gefäßchirurgischen und interventionell-neuroradiologischen Behandlungsmaßnahmen (Es gibt jeweils eine eigene Abteilung im Hause ...)" im OPS 8-981.

B 1 KR 23/23 R Vorinstanz: LSG Mainz, L 5 KR 179/22, 24.08.2023

Welcher Zeitpunkt ist für den Beginn der Verjährung des Anspruchs auf die Zahlung der Aufwandspauschale gem § 275 Abs 1c S 3 SGB 5 in der bis 31.12.2019 geltenden Fassung bzw gem § 275c Abs 1 S 2 SGB 5 in der ab dem 1.1.2020 geltenden Fassung maßgeblich?

B 1 KR 24/23 R Vorinstanz: LSG Mainz, L 5 KR 49/23, 24.08.2023

Welcher Zeitpunkt ist für den Beginn der Verjährung des Anspruchs auf die Zahlung der Aufwandspauschale gem § 275 Abs 1c S 3 SGB 5 in der bis 31.12.2019 geltenden Fassung bzw gem § 275c Abs 1 S 2 SGB 5 in der ab dem 1.1.2020 geltenden Fassung maßgeblich?

B 1 KR 25/23 R Vorinstanz: LSG Berlin-Potsdam, L 9 KR 186/19 KL, 22.06.2022

Ist der Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses zu einem gestuften System von Notfallstrukturen in Krankenhäusern gemäß § 136c Abs 4 SGB 5 wirksam?

B 1 KR 26/23 R Vorinstanz: LSG Berlin-Potsdam, L 4 KR 92/23 KL, 15.06.2023

Verstößt die Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie/PPP-RL (juris: PPPRL) gegen höherrangiges Recht?

B 1 KR 27/23 R Vorinstanz: LSG Essen, L 10 KR 208/21 KH, 16.02.2022

Findet § 3 Abs 2 FPV auf die Vergütung der Behandlung eines Patienten Anwendung, der aus einer über einen längeren Zeitraum in einem Krankenhaus mehrmals wöchentlich für jeweils weniger als 24 Stunden stattfindenden teilstationären Dialysebehandlung in eine vollstationäre Krankenhausbehandlung eines anderen Krankenhauses verlegt wird?

B 1 KR 28/23 R Vorinstanz: LSG Celle-Bremen, L 4 KR 291/23, 11.10.2023

Besteht ein Anspruch auf Kryokonservierung von Samenzellen gemäß § 27a Absatz 4 Satz 1 SGB 5 zur Ermöglichung einer späteren Kinderwunschbehandlung, wenn die Zeugungsunfähigkeit infolge einer geschlechtsangleichenden Behandlung eintritt?

B 1 KR 29/23 R Vorinstanz: LSG Stuttgart, L 4 KR 35/21, 23.10.2023

Ist die Durchführung einer Bronchoskopie unter Verwendung eines mit Metallspiralen verstärkten und damit lumenstarrten Schlauches (Bronchoflex Tubus), durch den ein flexibles Bronchoskop in die Luftröhre geführt wird, nach dem OPS-Kode 1-620.00 (Diagnostische Tracheobronchoskopie mit flexiblem Instrument) oder 1-620.10 (Diagnostische Tracheobronchoskopie mit starrem Instrument) zu kodieren?

B 1 KR 30/23 R Vorinstanz: LSG Halle (Saale), L 6 KR 75/21, 12.10.2023

Entfällt der Vergütungsanspruch des Krankenhauses vollständig, wenn bei der Behandlung Mindestanforderungen nach einer Richtlinie des GBA gemäß § 136 Abs 1 Satz 1 Nr 2 SGB 5 nicht erfüllt sind, die entsprechende Richtlinie aber keine Regelung eines Vergütungsausschlusses enthält (hier: Richtlinie zu minimalinvasiven Herzklappeninterventionen - MHI-RL)?

B 1 KR 31/23 R Vorinstanz: LSG Hamburg, L 1 KR 55/21, 15.12.2021

Zur Abgrenzung zwischen vollstationärer und teilstationärer Behandlung in Fällen, in denen sich der Versicherte an etwa der Hälfte der Behandlungstage länger außerhalb der Räume des Krankenhauses aufhält.

B 1 KR 32/23 R Vorinstanz: SG Nürnberg, S 18 KR 8/23, 13.09.2023

Hat ein Krankenhaus Anspruch gegen die Krankenkasse auf Erstattung der Rechtsanwaltskosten, die in einem Erörterungsverfahren nach § 17c Abs 2b KHG entstanden sind?

B 1 KR 33/23 R Vorinstanz: LSG Celle-Bremen, L 16 KR 522/21, 17.05.2022

Setzt die Mitteilung des Erstattungsanspruchs gemäß § 8 Satz 1 Prüfverfahrensvereinbarung 2016 voraus, dass der Erstattungsanspruch von der Krankenkasse konkret beziffert werden muss?

Ist die Nebendiagnose D65.0 (Erworbene Afibrinogenämie) bei einem erworbenen Fibrinogenmangel zu kodieren?

B 1 KR 1/24 R Vorinstanz: LSG Celle-Bremen, L 4 KR 139/21, 18.01.2023

Umfasst bei der Eigenverwaltung eines insolventen Krankenhausträgers die Befugnis des Sachwalters zur Anfechtung von Rechtshandlungen gemäß § 280 InsO auch die gerichtliche Geltendmachung einer (unstreitigen) Vergütungsforderung gegen eine Krankenkasse unter Berufung auf die Unzulässigkeit der von dieser hiergegen erklärten Aufrechnung mit einer anderen Forderung gemäß § 96 Abs 1 Nr 3 InsO?

Handelt es sich bei der gerichtlichen Geltendmachung einer Vergütungsforderung des Krankenhauses unter Berufung auf die Unwirksamkeit der von der Krankenkasse hiergegen erklärten Aufrechnung mit einer anderen Forderung gemäß § 96 Abs 1 Nr 3 InsO um einen Rechtsstreit, „der die Insolvenzanfechtung zum Gegenstand hat“ und deshalb nach § 259 Abs 3 InsO vom Verwalter auch nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens fortgeführt werden kann?

B 1 KR 2/24 R Vorinstanz: LSG Celle-Bremen, L 16 KR 514/20, 27.04.2023

Umfasst bei der Eigenverwaltung eines insolventen Krankenhausträgers die Befugnis des Sachwalters zur Anfechtung von Rechtshandlungen gemäß § 280 InsO auch die gerichtliche Geltendmachung einer (unstreitigen) Vergütungsforderung gegen eine Krankenkasse unter Berufung auf die Unzulässigkeit der von dieser hiergegen erklärten Aufrechnung mit einer anderen Forderung gemäß § 96 Abs 1 Nr 3 InsO?

Handelt es sich bei der gerichtlichen Geltendmachung einer Vergütungsforderung des Krankenhauses unter Berufung auf die Unwirksamkeit der von der Krankenkasse hiergegen erklärten Aufrechnung mit einer anderen Forderung gemäß § 96 Abs 1 Nr 3 InsO um einen Rechtsstreit, „der die Insolvenzanfechtung zum Gegenstand hat“ und deshalb nach § 259 Abs 3 InsO vom Verwalter auch nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens fortgeführt werden kann?

B 1 KR 3/24 R Vorinstanz: LSG Stuttgart, L 5 KR 3223/22, 13.12.2023

Ist die pauschalierte, fachabteilungsbezogene Festlegung von pflegesensitiven Bereichen nach § 3 Abs 2 Nr 1 PpUGV in der ab dem 14.11.2020 geltenden Fassung vom 9.11.2020 in Zusammenschau mit § 6 Abs 1 PpUGV, der ebenfalls die pauschalierte Festlegung von Pflegepersonaluntergrenzen vorsieht, mit höherrangigem Recht (insbesondere § 137i Abs 1 Satz 3 SGB V) vereinbar?

B 1 KR 4/24 R Vorinstanz: LSG Berlin-Potsdam, L 16 KR 426/20 KL, 22.11.2023

Verstößt § 1 Abs 1 Buchst b der Anlage 4 der Zentrums-Regelungen, soweit danach ein Rheumatologisches Zentrum neben einer organisatorisch eigenständigen Fachabteilung für Rheumatologie zusätzlich drei Fachabteilungen aus den Bereichen Kardiologie, Nephrologie, Pneumologie, Dermatologie, Neurologie, Orthopädie/Unfallchirurgie, Gastroenterologie oder Augenheilkunde an seinem Standort vorhalten muss, gegen höherrangiges Recht?

B 1 KR 5/24 R Vorinstanz: LSG Chemnitz, L 1 KR 448/20, 13.12.2023

Zur Abgrenzung einer stationären von einer ambulanten Entbindung.

Sind die Vorschriften über die Vergütung einer stationären Entbindung analog auf eine im Krankenhaus durchgeführte ambulante Entbindung anzuwenden?

B 1 KR 6/24 R Vorinstanz: LSG Chemnitz, L 1 KR 449/20, 13.12.2023

Zur Abgrenzung einer stationären von einer ambulanten Entbindung.

Sind die Vorschriften über die Vergütung einer stationären Entbindung analog auf eine im Krankenhaus durchgeführte ambulante Entbindung anzuwenden?

B 1 KR 7/24 R Vorinstanz: LSG Essen, L 5 KR 931/21, 18.01.2024

Gilt die Genehmigungsfiktion des § 60 Abs 1 S 5 SGB 5 auch für Krankentransporte im Sinne des § 60 Abs 2 S 1 Nr 3 SGB 5 oder bedarf ein Anspruch auf Kostenübernahme für ärztlich verordnete Krankentransporte in diesem Sinne grundsätzlich einer vorherigen ausdrücklich erteilten Genehmigung durch die Krankenkasse?

B 1 KR 8/24 R Vorinstanz: LSG Essen, L 5 KR 357/22 KH, 01.02.2024

Handelt es sich bei der Regelung des § 8 S 3 und 4 der Prüfverfahrensvereinbarung - PrüfV vom 18.7.2014 (juris: PrüfVbvg) um eine materiell-rechtliche Ausschlussfrist oder schließt diese Regelung im Sinne einer materiellen Präklusion die Nachholung einer abschließenden Entscheidung einschließlich Begründung nach Ablauf der Frist aus?

B 1 KR 10/24 R Vorinstanz: LSG Essen, L 10 KR 610/20, 29.03.2023

Kann die Frage, ob im Rahmen des § 5 Abs 1 Nr 13 Buchst a SGB 5 eine gesetzliche oder eine private Krankenversicherung „zuletzt“ bestanden hat, und damit die Zuweisung entweder zur Auffangpflichtversicherung oder zur Versicherung im Basistarif nach der sog modifizierten Beweislast entschieden werden mit der Folge, dass die betroffenen Personen weder den Zugang zur Auffangpflichtversicherung noch zur Versicherung im Basistarif beweisen können und damit ihr Zugang zu einem Versicherungsschutz scheitert?

B 1 KR 11/24 R Vorinstanz: LSG Schleswig, L 10 KR 235/20, 31.01.2023

Ist eine Besondere Einrichtung nach § 17b Absatz 1 Satz 10 KHG für die Abrechnung der erbrachten Leistungen an die Vorgaben des OPS-Katalogs gebunden?

B 1 KR 12/24 R Vorinstanz: LSG Schleswig, L 10 KR 15/21, 25.04.2023

Wenn sich das von der Krankenkasse eingeleitete Prüfverfahren einer Krankenhausabrechnung auf die Prüfung der korrekten Kodierung der angegebenen Nebendiagnosen bezieht, ist dann die Abrechnung anderer, erstmals nach Ablauf der 5-Monatsfrist kodierter Nebendiagnosen nach § 7 Abs 5 PrüfV 2016 präkludiert?